

Preis 1.50 Fr.
Lit. 2.200
DM 2.50
Pfs. 200
Dr. 300
E.CYP 1.-
S 20.-
FF. 10.-
Kan. Ins. Pts. 250
Türk. E 12 000
Esc. 280

15 06
0712
SCHWEIZ. LANDESBIBLIOTHEK
BUNDESHAUS
POSTFACH
3003 BERN
110.00200277
643

Wirtschaftsanzeiger



100. Jahrgang Nr. 285 Auflage 271 961

Unabhängige schweizerische Tageszeitung

Redaktion: 01/248 44 11
Telex: 812 236, Fax: 01/248 44 71
Werdstr. 21, 8004 Zürich. Briefe: Postfach, 8021 Zürich

Europa einigt sich – Schweiz gespalten

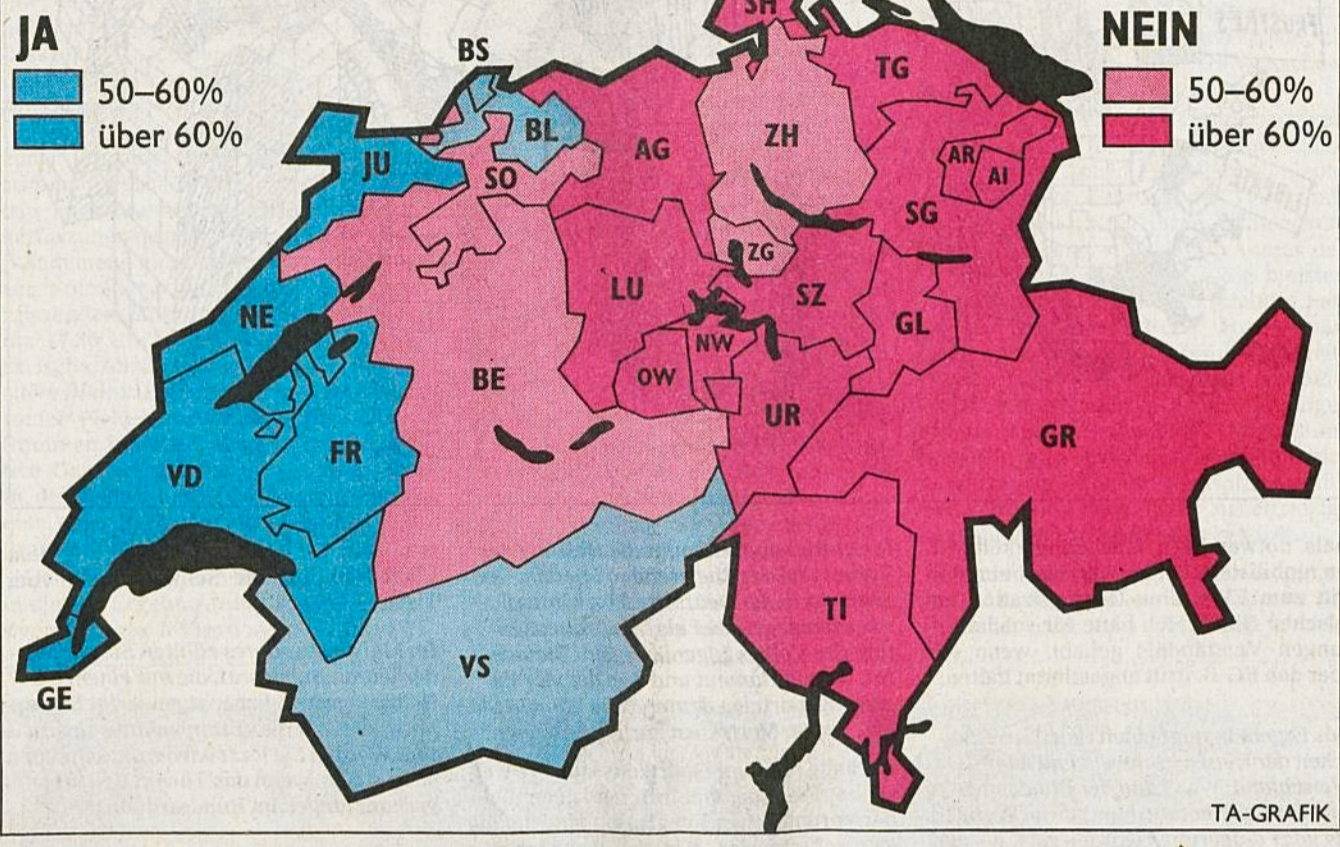
Massives Ja zum EWR in der Romandie, ebenso deutliches Nein in der Zentral- und Ostschweiz

In der Europapolitik ist das Schweizer Volk gespalten. Mit einem Zufallsmehr von 50,3 Prozent lehnten die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am Wochenende die Öffnung zum Europäischen Wirtschaftsraum ab. Eindeutig war das Ständemehr: 16 Kantone stimmten gegen den EWR, sieben Stände dafür. Die Deutschschweiz (ausser Basel) und das Tessin bodigten den EWR, die welsche Schweiz blieb hoffnungslos in der Minderheit. Die Stimmbeteiligung war mit 78,3 Prozent aussergewöhnlich hoch.

Zwar hatten sich der Bundesrat, die Mehrheit von National- und Ständerat, alle grösseren Parteien und sogar der Schweizerische Gewerbeverband für den EWR-Beitritt ausgesprochen. Trotzdem rechnete man mit einem knappen Ergebnis – und so kam es auch, zumindest beim Volksmehr: Mit 1 786 121 Nein gegen 1 763 016 Ja haben die Schweizer die Teilnahme am EWR verworfen. Wegen des Ständemehrs stand aber die Schweizer Ablehnung des EWR-Beitritts schon am frühen Sonntagnachmittag fest: Aus der deutschen Schweiz – und aus dem Tessin – kamen lauter Nein. Gegen diese Übermacht von 16 Kantonen hatten die Romandie und Basel mit ihren sieben Ständestimmen keine Chance.

Uri: 74,5 Prozent Nein
Zürich: 51,5 Prozent Nein
Die grössten Anteile von Nein-Stimmen lieferten kleine Innerschweizer und Ostschweizer Stände: Uri mit 74,5 Prozent Nein, aber auch Schwyz, Obwalden und Appenzell Innerrhodens mit mehr als 70 Prozent Nein. Die übrigen Innerschweizer und Ostschweizer Kantone sowie das Tessin bewegten sich zwischen 60 und 70 Prozent Nein-Stimmen. Etwas EWR-freundlicher, aber doch noch dagegen zeigten sich die Wirtschaftskantone

Beitritt der Schweiz zum EWR



Zürich und Zug sowie die grossen Mittelland-Kantone Aargau, Solothurn und Bern mit Nein-Stimmen-Anteilen von 60 Prozent und weniger. Im Kanton Zürich war das Resultat am knappsten: Das Nein in der Landschaft wog ein bisschen schwerer als das Ja in der Stadt. Endergebnis: 51,5 Prozent Nein.

Neuenburg: 80,1 Prozent Ja
Die deutsche Schweiz lehnte den EWR wuchtiger ab als erwartet. Spiegelbildlich war das Ja der französischen Schweiz deutlicher als vorausgesehen: Der Europa-Graben zwischen den Lan-

desteilen ist tief und veranlasste die Romandie zu äusserst besorgten Kommentaren. In den Kantonen Jura, Genf, Waadt und Neuenburg stimmten 77,2 bis 80,1 Prozent ja zum EWR. Die beiden Kantone mit Deutschschweizer Minderheiten, Freiburg und Wallis, lieferten immerhin noch 64,9 und 55,9 Prozent Ja.

Die vielen Ja aus der Romandie hätten beinahe ausgereicht, um ein gesamtschweizerisches Volksmehr zu erreichen. Aber die Übermacht der 16 Nein-Stände war am Schluss doch vorhanden – wenn auch nur mit einem Unterschied von 23 105 Stimmen.

«Schwarzer Sonntag»
In einer ersten Reaktion sprach Bundesrat Delamuraz von einem «schwarzen Sonntag» für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmer und für die Jugend. Und auch am Bildschirm zeigte sich der Unterschied zwischen Deutschschweiz und Romandie: Wer die Kommentare der drei Bundesräte Felber, Delamuraz und Koller ab 18 Uhr live am Fernsehen verfolgen wollte, musste die welsche SRG wählen. Das Fernsehen der deutschen und rätoromanischen Schweiz sendete das Gutenacht-Gschichtli «Pingu als Küchenchef».

«Wir machen weiter – ohne die Schweiz»

Unproblematisch ist das weitere Vorgehen der EG- und EFTA-Staaten allerdings nicht

Das Nein des schweizerischen Volkes zur Ratifizierung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) wird die Inkraftsetzung des Vertrages zwar verzögern, aber wahrscheinlich nicht verhindern. Dies geht aus ersten Reaktionen vom Sonntagabend in Brüssel hervor.

VON MARTIN GOLLMER, BRÜSSEL
Wenn einer der 19 am EWR beteiligten EG- oder EFTA-Staaten das Abkommen nicht ratifiziert, treten «die übrigen Vertragsparteien» zu einer Konferenz zusammen, «um die Auswirkungen der Nichtratifikation auf das Abkommen zu beurteilen und um die Möglichkeit für die Annahme eines ergänzenden Protokolls zu prüfen». Eine solche Konferenz wird einberufen, «sobald feststeht, dass eine Vertragspartei das Abkommen nicht ratifizieren wird». So steht es im EWR-Vertrag selbst.

trag. Diese werden wahrscheinlich in einem dem Abkommen neu anzufügenden Protokoll festgehalten. Das wird möglicherweise nicht ohne Schwierigkeiten gehen. Denn Spanien hat bereits durchblicken lassen, dass ein Nein der Schweiz «das Gleichgewicht zwischen den Vertragsparteien verändern» würde und dass deshalb «gewisse Kapitel» des Vertrages neu verhandelt werden müssten.

Die Ergänzung des EWR-Vertrages um ein weiteres Protokoll wird in jenen Ländern, die das Abkommen schon ratifiziert haben, voraussichtlich eine Neuratifizierung notwendig machen. Diplomaten in Brüssel befürchten deshalb, dass der EWR-Vertrag deshalb möglicherweise erst am 1. Januar 1994 in Kraft treten kann.

EWR-ABSTIMMUNG

- Koller 2
Interview mit Bundesrat Arnold Koller: «Wir müssen die Zusammenarbeit mit Europa rasch anpeilen.»
- Analyse 3
Abstimmungsanalyse: Fast jeder zweite für Europa-Integration
- Neuenburg 4
Schauplatz Neuenburg: Eigentlich hätte es ein Fest werden sollen
- Ausland 5
Reaktionen aus Wien, Bonn, Stockholm und Paris
- Blocher 15
Wie die Stimmabgabe der Familie Blocher in Feldmeilen zum Medienergebnis wurde.
- 171 Gemeinden 16
Die Resultate aller 171 Gemeinden des Kantons Zürich.
- Hoffnungen 31
Hoffnungen auf eine rasche Öffnung der Wirtschaft stark gedämpft.
- Industrie 33
«Der Industriestandort Schweiz muss neu überdacht werden.»
- Fernsehen 43
Firtelanz um EWR-Information: Das Fernsehen DRS bemühte sich krampfhaft um Auflockerung.

ZÜRICH

Verkehrsabgaben: Das vierte Nein 19

Die Stimmberechtigten des Kantons Zürich haben zum vierten Mal zu einer Erhöhung der Verkehrsabgaben mit aller Deutlichkeit nein gesagt: Den 355 986 Nein standen 220 861 Ja gegenüber. Wie soll es nun mit dem Strassenbau und Strassenunterhalt weitergehen? Regierungsrat Ernst Homberger am Sonntagabend: «Es muss gespart werden.» Erste Priorität habe jetzt der Nationalstrassenbau.

WETTER

Neue Niederschläge 59
Meist stark bewölkt. Im Laufe des Nachmittags aufkommender Regen.

SPORT



Konsternation auf der GC-Bank – auch bei Leo Beenhakker. (Bild Tom Kawara)

KOMMENTAR

Ein Land vor unruhigen Zeiten

VON ROGER DE WECK

Der erste Gedanke gilt der Romandie. In der wichtigsten Volksabstimmung seit Jahrzehnten ist ihr eine Abfuhr erteilt worden. Da ist jetzt, tatsächlich, ein Graben. Niemand kann ihn wegreden, alle müssen ihn nach Kräften zuschütten. Es wird nicht leicht sein. Die deutsche Schweiz steht in der Pflicht, Solidarität zu üben.

Das beginnt im Alltag: Jeder sollte nun das Gespräch mit den Romands suchen und pflegen – erst recht, wenn er nein gestimmt hat. Auch Bundesrat und Parlament sind gefordert: Den Anliegen der französischen Schweiz werden sie noch besser Rechnung tragen müssen, zumal die Romandie von der Wirtschaftskrise besonders wuchtig getroffen wird und sich vom EWR Besserung erhoffte. Vor allem aber: Es wäre verheerend, künftig die Europapolitik an dem einen Landesteil vorbei zu betreiben. Wenn in den kommenden Wochen das weitere Vorgehen erörtert wird, dann ist sehr genau auf die Romands zu hören.

Der zweite Gedanke gilt der Zukunft. Volk und Stände haben sich für den Alleingang entschieden. Das verdient Respekt: Respekt auch vor den Schwierigkeiten, die bevorstehen. Damit sind nicht so sehr die wirtschaftlichen Aussichten gemeint; ohne EWR wird die Krise härter, aber das hat ja die Mehrheit in Kauf genommen.

Eine viel tiefere Narbe wird der politische Einschnitt hinterlassen. Bundesrat, Parlament, Kantonsregierungen, Parteien, Gewerkschaften und ein Grossteil der Wirtschaft haben noch nie eine so schwere Niederlage erlitten. Nun muss aber die Schweiz, die sich über eine Schicksalsfrage gespalten hat, mehr Kraft denn je aufbringen, um zu gedeihen. Wird sie die nötige Energie aufbringen und den erforderlichen Konsens finden?

Mit der vielgepriesenen «Revitalisierung der Wirtschaft», wenn sie in einer Zeit erbitterter Verteilungskämpfe wirklich gelingt, ist es bei weitem nicht getan. Die Orientierung werden wir so schnell nicht wiederfinden. Es wird recht unübersichtlich hierzulande – und unruhig.

Der dritte Gedanke gilt unseren europäischen Partnern. Sie haben künftig wenig Grund, uns entgegenzukommen, wenn wir von ihnen etwas wollen. Und doch muss, wie immer in der Diplomatie, die Tür offenbleiben. Das setzt voraus, dass der Bundesrat das Gesuch um Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft nicht zurückzieht.

Am Ende unserer ersten grossen Europadebatte herrscht fast nirgends überschäumende Freude, die meisten sind nachdenklich. Doch wird die nächste Debatte nicht allzu lange auf sich warten lassen; manches spricht dafür, dass sie nach anderem Muster verlaufen wird.

Die Grasshoppers in der Abstiegsrunde 45-47

Der FC Zürich in der Finalrunde, der vor einem halben Jahr als Favorit der Fussballmeisterschaft gehandelte Grasshopper-Club aber in der Abstiegsrunde: Dies ist das Fazit des 22. und letzten Durchgangs in der Qualifikationsrunde, in der GC sein Auswärtsspiel gegen die Young Boys 1:2 verlor und von Lugano auf den neunten Platz verdrängt wurde. Die Grasshoppers müssen nun im Frühjahr wiederum gegen Bulle sowie gegen Luzern, Basel, Locarno, Chênôis, Wil und Delémont um den Verbleib in der Nationalliga A spielen. Der FC Zürich hingegen beginnt nach dem 1:1 gegen Servette die Finalrunde als Sechster – der Jubel auf dem Letzigrund war gross.

«Wir dürfen uns keine zweite Niederlage leisten»

Bundesrat Arnold Koller über den Riss zwischen der deutschen und der welschen Schweiz

Als einziger Deutschschweizer Bundesrat hat am Sonntagabend Justizminister Arnold Koller im Bundeshaus das Nein von Volk und Ständen zum EWR kommentiert. Gegenüber dem «Tages-Anzeiger» erklärte Koller, die Schweiz sei auch in Zukunft auf Europa angewiesen und es gelte jetzt, möglichst rasch andere effiziente und politisch realisierbare Formen der Zusammenarbeit anzupellen.

■ MIT BUNDESRAT ARNOLD KOLLER SPRACH RICHARD DIETHELM

Herr Bundesrat, Sie haben mit grossem persönlichem Einsatz für ein Ja zum EWR gekämpft. Was empfinden Sie im Moment der bitteren Niederlage?

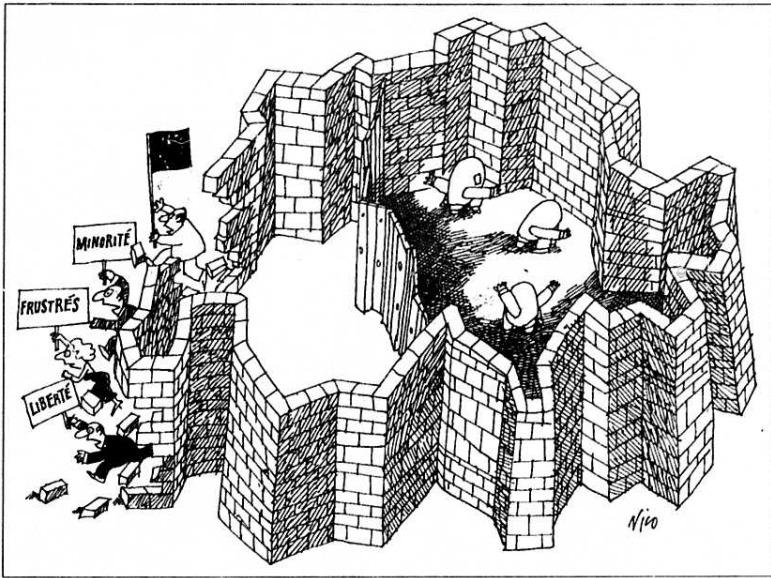
Sicher eine schwere Enttäuschung. Aber ich darf als Bundesrat, der Verantwortung übernommen hat, nicht Zeit verlieren, um Wunden zu lecken. Gerade jetzt hat unser Land einen entscheidungsfreudigen Bundesrat und ein entscheidungsfreudiges Parlament bitter nötig. Dies um so mehr, als die Gegner kein Alternativprogramm zum EWR präsentieren können.

Sie haben im Abstimmungskampf stets davor gewarnt, dass die Schweiz nicht vom Sonderfall zum Sonderling in Europa werden dürfte und dass die EG- und die EFTA-Länder ein Nein als schweren Mangel an Solidarität empfinden würden. Jetzt haben Volk und Stände trotzdem nein gesagt. Können Sie als Justizminister eine Entwicklung mittragen, die nicht Ihrer Überzeugung entspricht?

Dass es heute in Europa solche Reaktionen auf den Entscheid der Schweiz geben wird, ist verständlich. Wir vom Bundesrat werden aber alles unternehmen müssen, um diese Eindrücke zu vermindern. Wir werden unseren europäischen Partnern erklären müssen, dass ein solches Ergebnis in einer direkten Demokratie eben möglich ist. Ich hoffe auch, dass andere Volksentscheide in EG-Ländern, die knapp ausgegangen sind, Verständnis für unser heikle Situation wecken können.

Wie erklären Sie sich das klare Nein der Stände? War das Tempo der Integrationspolitik für die Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer zu hoch?

Ich habe im Abstimmungskampf gespürt, dass in weiten Teilen der Deutschschweiz das Geschicksbild nach dem Zweiten Weltkrieg stehengeblieben ist. Die Gegner haben bewusst diesen da-



mals notwendigen Unabhängigkeitswillen mobilisiert. Leider war dies beim Beitritt zum EWR eine Demonstration am falschen Objekt. Ich hätte für solche Reaktionen Verständnis gehabt, wenn wir über den EG-Beitritt abgestimmt hätten.

Das Ergebnis zeigt einen tiefen Riss zwischen der Deutschschweiz und dem Welschland. Was kann der Bundesrat, was können Sie tun, damit diese Wunden, die jetzt aufgerissen worden sind, wieder heilen können?

Wir sagen unseren welschen Freunden in erster Linie, dass wir eine Isolation total ablehnen. Ich betrachte das Abstimmungsergebnis nicht als Nein zur europäischen Zusammenarbeit, sondern als Nein zu dieser Form der europäischen Integration. Jetzt müssen wir alles daran setzen, dass wir möglichst rasch zu anderen effizienten und politisch realisierbaren Zusammenarbeitsformen gelangen können.

In der Romandie stimmt die Haltung des Volkes und der Regierenden überein. Das Ergebnis in der Deutschschweiz muss man demgegenüber als Misstrauensvotum des Volkes gegenüber dem Bundesrat, dem Parlament und drei der vier Regierungsparteien deuten. Wie können Sie hier wieder Vertrauen zurückgewinnen?

Ich habe immer gespürt, dass unsere welschen Freunde viel offener gegenüber der europäischen Integration sind als die Deutschschweizer. Deshalb habe ich den Bundesrat zu Vorsicht gemahnt. Jetzt müssen wir aus der heutigen Niederlage die richtigen Lehren ziehen.

Ist das sehr knappe Nein des Volkes ein Grund, weshalb Bundespräsident Felber bei der Kommentierung des Ergebnisses gesagt hat, die Landesregierung müsse alle Optionen, inklusive das EG-Beitritts-gesch, offenhalten?

Ja. Es wäre falsch gewesen, wenn wir jetzt überstürzt Beschlüsse gefasst hät-

ten. Das Europa-Problem ist mit dem EWR-Nein für die Schweiz nicht vom Tisch.

Im Mai dieses Jahres zählten Sie zur Mehrheit im Bundesrat, die mit einem EG-Beitritts-gesch lieber zugewarret hätte und den EWR als «Stappenhalt» einstufen. Werden Sie jetzt wiederum sehr vorsichtig sein, wenn das Thema Beitritts-verhandlungen im Bundesrat ansteht?

Wir dürfen uns sicher keine zweite Niederlage leisten. Wir müssen zwar ein integrationspolitisches Konzept entwerfen. Aber wir müssen sehr überlegt ans Werk gehen. Wir werden dabei vor allem die Kantonsregierungen, mit denen wir im Kontaktgremium gut zusammengearbeitet haben, konsultieren. Wir sind auf Rückmeldungen aus den Kantonen angewiesen. Sie müssen uns zum Beispiel erklären, was zur schweren Niederlage des EWR in der Innerschweiz oder in meiner Appenzeller Heimat geführt hat.

COMMENTAIRE

Le divorce a commencé

■ JEAN-CLAUDE PÉCLET*

Ce n'est plus un fossé, c'est un abîme. Ce matin, la Suisse romande se réveille avec une résonance terrible dans la tête: le bruit du cadenas que l'on referme. L'ouverture sur l'Europe, nous la voulions, nous la voulons encore de toutes nos forces. Nous avons essayé, maladroitement peut-être, de nous faire entendre Outre-Sarrie. Nous y avons réussi un peu. Pas assez. La Suisse dit non à l'EEC. Ainsi va la démocratie, ainsi va surtout le fédéralisme. Mais comment faut-il le sentiment d'humiliation de révolte qui nous habite? Il y a de l'arrogance et du mépris dans ce «non», une façon écurieuse de dire à l'extérieur qui est le meilleur – et à l'intérieur qui commande.

C'est en Suisse romande que la prise de conscience européenne a commencé. Ce sont deux conseillers fédéraux romands qui, pour l'essentiel, ont porté ce dossier. C'est encore ici que la crise a frappé le plus vite, ici qu'il y a le plus de chimères. La blessure que nous subissons aujourd'hui est très profonde. Oui, le divorce entre Suisses a commencé.

Bien sûr, ce n'est pas la seule fracture que révèle ce résultat. Le pays déçoit aussi son gouvernement, la grande majorité de ses députés et de ses partis politiques, ses dirigeants économiques... et ses journalistes. C'est beaucoup à la fois. Logiquement, cela devrait nous conduire à une crise politique de première grandeur. Mais il n'est pas certain qu'elle se produise: les chefs d'entreprise trouvent finalement les conclusions du vote et délaissent encore davantage la Suisse. Le Conseil fédéral, sans coup de théâtre, tentera de gérer l'échec, au moins à court terme. Les parlementaires parlementeront, les journalistes commenteront. Bref, il y a là à craindre que l'on en vienne, par inertie et impuissance, à oublier lâchement la bombe à retardement sous le tapis.

Son tic-tac n'est pourtant pas près de s'éteindre. Il y a deux fractures ou moins qu'on ne pourra recoudre avec le fil du consensus. D'abord celle des langues: La Suisse alémanique s'est épeine souvent, dix jours avant le vote, que nous existions, et cela ne l'a pas beaucoup émue. Nous avons multiplié les reportages Outre-Sarrie, une dizaine de confrères étrangers sont venus nous voir. Je ne me souviens pas avoir eu la visite d'un seul collègue alémanique ces derniers mois. La plupart des initiatives d'envergure nationale à propos de l'EEC ont été prises en Suisse romande. Avec les succès que l'on sait.

Restornt alors Christoph Blocher et une poignée de fondamentalistes pour sauver Heilidand. Je leur souhaite bien du courage.

*Jean-Claude Péclet est Chefredaktor des welschen Magazins «L'Hebdo». Übersetzung des Kommentars auf Seite 9.

«Ja, ich freue mich»

Rosmarie Bär zum Nein in der EWR-Abstimmung

«Ich freue mich über das Nein zum EWR», sagt die grüne Berner Nationalrätin Rosmarie Bär klipp und klar. Sie hatte die Vorlage aus ökologischen und sozialen, aus frauenspezifischen und staatspolitischen Gründen abgelehnt. Dann präzisiert sie: «Es war ein Nein zu einem schlechten Vertrag – kein generelles Nein zu Europa, kein Nein zur Zusammenarbeit und Solidarität mit dem Rest der Welt.»

■ VON MARLIES STRECH

Wie soll es nun weitergehen mit Europa? Soll die Schweiz das EG-Beitritts-gesch zurückziehen oder zumindest schubladisieren? «Nein», meint Rosmarie Bär. «Das Beitritts-gesch ist gestellt, jetzt soll man die Verhandlungen aufnehmen, aber sie müssen transparent gestaltet werden, wir wollen keine Geheimdiplomatie à la EWR mehr. Der Bundesrat muss das Parlament frühzeitig einbeziehen und eine gute Verhandlungsdelegation zusammenstellen. Diese sollte auch EG-kritische Leute einbeziehen und eine namhafte Zahl von Frauen umfassen, am besten 50 Prozent.»

Rosmarie Bär, frühere Fraktionschefin der Grünen im Nationalrat, Mitglied der ausserparlamentarischen Kommission, neugewählte Präsidentin der Schweizerischen Energierüstung – sie spart nicht mit Kritik an der «wahnsinnigen Propaganda», an der «Angstkampagne», die für den EWR geführt worden sei. Sie findet, der Gesamtbundesrat und die drei Bundesratsparteien FDP, CVP und SP seien von den Stimmenden von Grund auf desavouiert worden. Ebenso der Grossteil der Medien: «Diese bildeten einen Teil der Ja-Kampagne, statt vierte Gewalt zu spielen.»

Bär hatte den EWR-Vertrag in zahlreichen öffentlichen Äußerungen als «undemokratisch, unsolidarisch und umweltfeindlich» bekämpft. Ihre Argumente deckten sich mit jenen anderer Gegnerinnen und Gegner aus dem ökologischen, feministischen, entwicklungspolitisch oder sozial engagierten Lager. Diese Opposition sei breit und stark, betont sie. Ebenso stark wie jene der Rechtspopulisten am Christoph Blocher, die den EWR aus ganz anderen Gründen ablehnten.

«Es war ein kleinlicher, egoistischer Vertrag», findet Bär. «Er hätte zu keinem gerechten Europa geführt, sondern neue Mauern aufgebaut.» Nun gelte es, frisch zu fragen: Welchen Weg wollen wir gehen, welche Reformen sind dringend nötig? «Die Schweiz muss viel mehr tun, um die ökologische Wirtschaft. Braucht eine ökologische Wirtschaft. Energieabgabe und Ökosteuer sind zentrale Grössen. Und wenn das Gleichstellungsgesetz kommt, müssen wir Frauen achtsam sein und pickelhart an unseren Forderungen festhalten.»

Das durch den EWR drohende Demokratiedefizit sei behoben: «Jetzt können wir die nötigen Reformen unabhängig in die Hand nehmen, müssen nicht mehr wie gebannt nach Brüssel starren. Seit mindestens einem Jahr waren wir in der Politik durch das EWR-Thema blockiert.»

Und die Grüne Partei der Schweiz? Sie hatte die Nein-Parole beschlossen, aber alle welschen Kantonalparlamente hatten separate Ja-Empfehlungen herausgegeben. Droht die GPS auseinanderzubrechen? Da sieht Rosmarie Bär überhaupt keine Gefahr. Die Parteimitglieder seien an Opposition und Minderheitenstatus gewöhnt; Spannungen gehörten dazu und würden ausgetragen.

«Die Schweiz muss sich neu ausrichten»

Christoph Blocher zum Sieg seines Lagers

Die Schweiz muss sich nun innen- und aussenpolitisch neu ausrichten. Sie kann nach dem EWR-Nein nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Dies erklärte der wichtigste Opponent gegen den EWR, SVP-Nationalrat Christoph Blocher, am Sonntagabend an einer Pressekonferenz im «Swiss-öte» in Oerlikon. Welche Linie der Bundesrat nun zu verfolgen habe, wollte Blocher nicht sagen. Für eine detaillierte Diskussion sei «das Klima am Abstimmungsbund zu gereizt». Blocher will darüber erst am kommenden Freitag an einer Pressekonferenz sprechen.

■ VON ROLF WESPE, BERN

«Ich bin überrascht, dass es gelungen ist, gegen das ganze politische und wirtschaftliche Establishment und gegen die Massenmedien ein Nein gegen den EWR zu erringen», erklärte Christoph Blocher. «Von einem Sieg will ich nicht sprechen, es handelt sich ja nicht um einen Fussballmatch. Die Arbeit hat für mich nicht aufgehört, sondern jetzt fängt sie an: Was machen wir jetzt? Darüber gilt es nun nachzudenken», sagte Blocher. Er gab sich äusserst zurückhaltend, wirkte eher gespannt und trat nicht triumphierend auf.

Das Resultat interpretierte er wie folgt: «Der Entscheid ist ein Bekenntnis zu unserer politischen Selbständigkeit. Unser Land hat sich für einen selbständigen, unabhängigen Kurs entschieden. Es ist ein Entscheid gegen eine institutionelle Bindung in Europa. Er ist die Basis für die innen- und aussenpolitische Stellung der Schweiz. Er bedeutet keine Isolation, sondern eine wofftöne Haltung und freundschaftliche Beziehungen, insbesondere auch zu den europäischen Ländern.»

Blocher verwahrte sich dagegen, dass Unternehmen, denen es schlecht geht, anlies in Zukunft mit dem Scheitern des EWR dianies. D's Wirtschaftskrise könne überstehen, wer in der Hochkonjunktur

vorgesorgt habe und über die entsprechenden Managementkapazitäten verfüge. Die Krise werde 1995 vorbei sein, und sie sei zu meistern. «Der Abstimmungskampf hat gezeigt, dass in unserer Bevölkerung eine grosse Vitalität vorhanden ist; damit lassen sich auch die Zukunftsprobleme meistern», meinte Blocher.

Wie beurteilt Blocher nun die entstandene Kluft zwischen der deutschen und der welschen Schweiz? «Der Vertrag wurde von drei Sprachgruppen abgelehnt, der deutschen, der italienischen und der romanischen Schweiz. Dieser Vertrag und sein Inhalt ist in der Westschweiz nicht in der Tiefe diskutiert worden. Die Diskussion ist stehengeblieben bei der Frage, gehören wir zu Europa oder nicht? Der EWR sei seiner Feststellung nach nur bei den Westschweizer Politikern, nicht aber beim Volk ein «fanatisches Thema» gewesen.

Über die nun anzustrebende Politik wollte sich Blocher am Sonntagabend nicht äussern. Das sei nun Sache des Bundesrates und «wenn er wirklich kein solches Konzept hat, kann ich ein solches Konzept vorlegen». Konkret meinte er, das Eurolex-Paket könne nun nicht in Kraft treten und ein «EG-Beitritt kommt nun nicht in Frage. Wenn der Bundesrat das anders auslegt, dann wäre der Vertrauensbruch komplett.»

Blocher verwies auf seine Schrift mit dem Titel «EWR der falsche Weg für die Schweiz». Dort ist eine Seite der «Schweiz nach dem Nein» gewidmet. Sie enthält ein Programm für die Bereinigung. Wörtlich heisst es in der Heft: «Die reglementierfreudigen Kreise in der Schweiz, egal aus welchem politischen Lager sie kommen, gilt es auszuwechseln.» Blocher gab an der Pressekonferenz offen zu, dass er seinen Abstimmungskampf «angesehen der beschränkten Kräfte auf den Gewinn des Ständemehrs ausgerichtet hat». Auf die Art und Weise der Ausmarchung will er noch zurückkommen. «Der Abstimmungskampf hat teilweise hohe emotionale Wellen geworfen und blieb nicht frei von persönlichen Diffamierungen. Zu dieser bedauerlichen Tatsache ist noch ein schubladisiertes Ergebnis», sagt Blocher. Dazu will er am kommenden Freitag ausholen.

REAKTIVEN

«Bundesrat soll zurücktreten»

Der Bundesrat müsse nach dem Nein zum EWR die Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Dies hat am Sonntag der Präsident der Auto-Partei Jürg Scherrer gefordert.

Der Genfer SP-Nationalrat Jean Ziegler hat den Rücktritt des Bundesrates sowie Neuwahlen für den Nationalrat gefordert. Das Abstimmungsergebnis sei eine Katastrophe.

Auto-Partei fordert Rückzug des EG-Breitengutes

Nach dem Nein zum EWR fordern die Auto-Partei und die Schweizer Demokraten den Verzicht auf Verhandlungen um einen EG-Beitritt.

Keller: Wenn ich Bundesrat wäre...

Als Zeichen des Misstrauens gegenüber Bundesrat, Regierungsparteien und Medien wertete der Präsident der Schweizer Demokraten das Resultat. Es sei zwar nicht Sache eines Oppositionspolitikers, sagte der Baselteler Nationalrat Rudolf Keller in einem Fernsehinterview.

Monika Weber: Wenig Vertrauen in die Gewinner

Sorge bereitet der Landesrätin Präsidentin Monika Weber der tiefe Graben zwischen Deutschschweiz und Romandie. Das Nein habe eine bedenkliche Situation geschaffen.

Cavadini wegen Kluft zwischen Ost und West beunruhigt

Schockiert vom Ausmass der Kluft zwischen der Deutschschweiz und der Romandie zeigte sich der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz, Jean Cavadini.

SVP: Nationale Konferenz nötig

Um die aufgerissenen innenpolitischen Gräben zu kitten, regte SVP-Präsident Hans Uhlmann eine nationale Konferenz von Bund und Kantonen an.

CVP fordert interne Reformen

Für die CVP sind nach dem EWR-Nein Signale der Gesprächsbereitschaft nach aussen notwendig. Der Avis der EG zum Schweizer Gesuch um Beitrittverhandlungen sei in jedem Fall abzuwarten.

FDP bedauert Nein zu Europa

Die FDP bedauert, dass die Schweiz sich erstmals in ihrer Geschichte von den europäischen Staaten abgewandt hat. Trotzdem soll nach Meinung der FDP die Tür zu den EFTA- und EG-Staaten offengehalten werden.

SPS will neue Verhandlungen

Für die SP Schweiz ist das Nein zum EWR «keine grundsätzliche Absage an die europäische Integration». Die Partei fordert Neoverhandlungen mit der EG und den EFTA-Partnern.

Fast ein Unentschieden: Jeder zweite für enge Europa-Integration

Verfehltes Ständemehr lässt vergessen, dass knapp die Hälfte der Bevölkerung zugestimmt hat

Mit dem Zufallsmehr von 23 105 Stimmen haben Schweizerinnen und Schweizer den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt. 1,1 Millionen Deutschschweizer und Tessiner sowie 561 000 Romands haben mit Ja gestimmt.

VON RICHARD ASCHINGER

Das klar negative Ständemehr hat am Sonntag die europapolitische Fast-Sensation völlig vergessen lassen. Wer hätte noch vor einem Jahr zu wetten gewagt, dass am 6. Dezember 1992 bei einer Jahrhundert-Stimmabstimmung von 78 Prozent praktisch die Hälfte aller Schweizerinnen und Schweizer für den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum stimmen würde?

Die Regierung nahm den Nullentscheid insbesondere nicht zum Anlass, klar und unverzüglich zu erklären, dass sie an ihrer längerfristigen Europapolitik festhalte, an den auf Anfang 1993 vorgesehenen Erweiterungsverhandlungen der EG teilnehmen wolle und damit dem Schweizervolk in drei bis fünf Jahren eine andere Integrationsmöglichkeit zur Abstimmung vorlegen werde.

Der Bundesrat sah am Sonntagabend in diesem Ergebnis praktisch keine positiven Aspekte: Insbesondere Wirtschafts-

minister Jean-Pascal Delamuraz konnte seine Enttäuschung und Wut nicht verbergen und sprach von einem «schwarzen Sonntag».

Die Regierung nahm den Nullentscheid insbesondere nicht zum Anlass, klar und unverzüglich zu erklären, dass sie an ihrer längerfristigen Europapolitik festhalte, an den auf Anfang 1993 vorgesehenen Erweiterungsverhandlungen der EG teilnehmen wolle und damit dem Schweizervolk in drei bis fünf Jahren eine andere Integrationsmöglichkeit zur Abstimmung vorlegen werde.

Zeitdruck für die Abstimmung war zu gross

In ersten Analysen der Gründe für das mehrheitliche Nein der Deutschschweizer bezeichnen viele Beobachter den ungenauen Zeitdruck als entscheidenden Faktor. Vor allem in den ländlichen Gebieten der Ost- und Innerschweiz war die grosse Mehrheit der Bevölkerung nicht bereit, innert weniger Monate jene helve-

tische Sonderfall- und Souveränitätsideologie über Bord zu werfen, die ihnen die bürgerliche Führung des Landes seit Jahrzehnten und noch bis vor zwei Jahren gepredigt hatte. Rückblickend scheint es somit ein Fehler gewesen zu sein, dass der Bundesrat die Abstimmung unter Druck der skandinavischen EFTA-Partner auf Dezember 92 und nicht wie innenpolitisch vielerorts gefordert, im Frühsommer 93 ansetzte.

Angst vor Masseneinwanderung

Angst vor übermässiger Einwanderung und einem damit verbundenen Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze waren in der Deutschschweiz wichtigster Grund für das Nein. Sorge um Souveränität, direkte Demokratie und Umweltschutz schienen weniger wichtig.

Deutschschweizer und Deutschschweizerinnen haben mit ihrer Stimme nicht nur dem politischen Establishment, sondern auch der Führung der Wirtschaft und in vielen Fällen ihren Firmenchefs die Gefolgschaft verweigert. Ausser der SVP alle grossen Parteien, die meisten Verbände und alle Gewerkschaften hatten den EWR unterstützt.

Ein zentraler Grund für das wesentlich andere Ergebnis in der Romandie ist die Tatsache, dass das Bild der idealen

Schweiz unter Welschen schon immer weniger tief verwurzelt war als in der Deutschschweiz. Die Welschen spüren deshalb im europäischen Integrationsprozess keine Verlustängste. Unübersehbar ist das geradezu einmütige Ja der Romands aber auch eine Abrechnung jahrzehntelanger Frustgefühle der Minderheit gegenüber der Deutschschweizer Mehrheit. In der Deutschschweiz hat das Argument nicht gewirkt, nur mit einem Ja zum EWR könne der nationale Zusammenhalt gerettet werden.

Stimmungslage ähnlich wie in Dänemark und Frankreich

Die EWR-Abstimmung in der Schweiz und die beiden Maastricht-Abstimmungen in Dänemark und Frankreich haben erstaunlich ähnliche Ergebnisse produziert: In Dänemark stimmten Anfang Juni 50,7 Prozent, in Frankreich Ende September 49 Prozent nein. In der Schweiz lautet die hauchdünne Neim-Mehrheit jetzt auf 7,7 Prozent.



Staatssekretär Blankart, die Bundesräte Delamuraz, Felber und Koller sowie Bundeskanzler Couchepin (von links) sehen sich im «Präsidentenzimmer» des Bundeshauses am Fernsehen die jüngsten EWR-Resultate an. (Bild Ruti)

Am bittersten wirkte Delamuraz

Pressekonferenz mit den Bundesräten Felber, Delamuraz und Koller

Nach Bundespräsident René Felber muss die Schweiz jetzt den innern Zusammenhang wiederherstellen und das Vertrauen des Auslands wiederzugewinnen versuchen. Die Regierung halte sich alle Optionen offen.

VON WILLY SCHENK, BERN

Delamuraz liess seinen bitteren Gefühlen freien Lauf. Die Schweizer Wirtschaft habe den Kurs ihrer bisherigen europäischen Wirtschaftspolitik komplett geändert. Während die einem von einem dynamischen Markt profitierten, stünden wir nun vor einer «wachsenden Diskriminierung unserer Wirtschaft durch unsere wichtigsten Partner».

Felber kündigt Gespräche an

Die Gegner haben nach den Worten des Wirtschaftsministers nie eine echte Alternative aufgezeigt. Was der Schweiz jetzt bleibe, sei die Verbesserung der Rahmenbedingungen, die Anstrengung für die Revision wie etwa des Kartellgesetzes. Aber die Zukunft werde hart. Und wir können laut Delamuraz für unsere Liberalisierung nicht mit ausländischen Gegenleistungen rechnen.

eine äusserst schwierige Situation geschaffen.»

Im Unterschied zum schwarzmalenden Wirtschaftsminister versuchte Bundespräsident Felber die Wogen zu glätten. Zwar ist er besorgt über die Kluft zwischen Volk und Ständen einerseits und den Behörden und Wirtschaftsverbänden andererseits. Er kündigte Gespräche auf allen Ebenen an. Felber warnte vor Überreibungen. Immerhin hätten auch 561 000 Welsche Nein gesagt, während 1 149 000 Deutschschweizer Ja gestimmt hätten.

Auch Justizminister Arnold Koller schlug persönliche Töne an. Er sprach von einer Schicksalsgemeinschaft, in der die welsche Minderheit eine gegen ihren Wunsch verlaufende Entwicklung riskieren müsse. Beim Ja-Entscheid über den Völkerbund seien die Welschen die Sieger gewesen, und die deutsche Schweiz

habe sich dem Entscheid unterziehen müssen. Für Koller brauchen wir den Schulterschluss jetzt mehr denn je. Auch nach seiner Meinung stehen härtere Zeiten bevor.

Wer bezahlt den Schweizer Beitrag?

Wer bezahlt die Schweizer Beiträge zum Kohäsionsfonds, mit dem die Angleichung der armen Länder Europas an die reichen gefördert werden soll? Justizminister Arnold Koller gab zu, dass offenbar einige Länder Europas auf den vereinbarten Zahlungen beharren. Man müsse nun herausfinden, wer im Rahmen des EWR den Schweizer Beitrag übernehme.

Wegen des Schweizer Neins kann der EWR nun nicht wie geplant am 1. Januar 1993 beginnen. Es sind nach Delamuraz verschiedene Entwicklungen denkbar. Wenn alle ehemaligen EFTA-Partner für die EG optieren, entsteht für die Schweiz ein Vakuum, in dem Verhandlungen kaum möglich sind.

Auf die Frage nach einem möglichen Rücktritt reagierten alle drei Bundesräte mit einem deutlichen Nein. Für Delamuraz geht es «mit mir» weiter.

Table titled 'So wurde abgestimmt' showing results by canton for 'Ja' and 'Nein'.

Table titled 'Inserate Rubrikenverzeichnis' listing advertising rates for various categories.

Ostschweiz: Grenznähe zählte nicht

■ VON BARBARA HASLER, ST. GALLEN

Die Ostschweizer Kantone sind selten für eine Überraschung gut. Ohne Ausnahme stimmten sie am Wochenende so wie der überwiegende Rest der Deutschschweiz: Nein. Dabei lassen sich nur geringe Unterschiede zwischen konservativen und eher progressiven Kantonen oder zwischen Industrie- und Bergkantonen ausmachen. Anders als in den beiden Basel bewegte auch die Grenzlage die Stimmberechtigten nicht zu einem Ja.

Zu den schweizerischen Negativ-Leadern gehört Appenzell Innerrhoden mit über 71 Prozent Nein-Stimmen. Über 65 Prozent Nein-Stimmen gab es auch in Graubünden und in Glarus. In Aargau und im Thurgau sagten rund 63 Prozent nein. Auch noch über 60 Prozent Nein-Stimmen waren es in St. Gallen und Schaffhausen.

So einheitlich, wie die Ostschweiz nach dem Abstimmungsentscheid in nackten Zahlen dasteht, über können die einzelnen Kantone nicht beurteilt werden. Gemeinsam ist ihnen allen höchstens, dass die Romandie weit entfernt ist und dass der Graben zwischen Deutsch- und Welschschweiz die Ostschweizerinnen und Ostschweizer schlicht nicht so interessiert.

Keine Überraschung ist das überwältigende Nein in Appenzell Innerrhoden, es entspricht dem üblichen Ergebnis bei nationalen Volksabstimmungen. Daran hat auch das Engagement von Landammann Carlo Schmid nichts geändert. Ähnlich das Ergebnis in Appenzell Aussenroden, im Kanton Graubünden oder in Glarus. Die klaren Nein-Mehrheiten passen ins Bild der Bergkantonen.

Schon schwerer verständlich ist das Nein aus Grenzkantonen wie St. Gallen, Schaffhausen oder auch dem Thurgau. Die seit Jahrzehnten offene Grenze zu Deutschland und Österreich, der alltägliche Umgang mit den Nachbarn jenseits der Grenze – sei es am Arbeitsplatz oder beim Einkauf, sei es in der engen politischen Zusammenarbeit im Bodensee – vermöchte der Angst vor dem «fremden» Europa offenbar kein Gegengewicht entgegenzusetzen. Vor allem das Gewerbe hatte Angst vor der Konkurrenz aus den Nachbarstaaten.

Aber auch die Exportabhängigkeit von Industrieregionen wie im Kanton St. Gallen oder noch extremer in Schaffhausen änderte am Nein nichts. So hatten in Schaffhausen in den letzten Jahren Grossfirmen mehrmals Arbeitsplätze ins grenznähe Ausland verlegt, und die Arbeitslosigkeit ist schon heute höher als in allen anderen Ostschweizer Kantonen. In Schaffhausen war auch im Thurgau aber hatten die dominierenden Zeitungen gegen den EWR Stellung genommen.

Signal für Liechtenstein?

■ VON CARL BIELER, VADUZ

Neben der Schweiz ist das Fürstentum Liechtenstein der einzige Staat, in dem das Volk über einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum befinden kann. Die Abstimmung findet am nächsten Wochenende statt. Das Schweizer Nein wird ohne Zweifel eine Signalwirkung haben.

Weder Fürst Hans Adam II. noch der liechtensteinische Regierungschef Hans Brunhart waren am Sonntagabend bereit, den negativen Entscheid der Schweiz zu kommentieren. Die offizielle Regierungspolitik Liechtensteins war bisher davon ausgegangen, dass der Kleinstaat mit der Schweiz gleichziehen muss, im Gegensatz zum Festland, der sich deutlich für einen eigenständigen Weg Liechtensteins einsetzt.

Immerhin äusseren sich am Sonntag die Fraktionssprecher der beiden liechtensteinischen Regierungsparteien. Für Reinhard Walser von der Mehrheitspartei Vaterländische Union ist das helvetische Nein «sehr bedauerlich und eine verpasste Chance». Er glaubt, dass die Schweiz dadurch in eine Rezession hineinschlittert und es für viele «ein böses Erwachen» geben werde; das gelte auch für Liechtenstein, falls des Land am nächsten Wochenende gleich wie die Schweiz entscheiden werde.

Ernst Walch von der oppositionellen liechtensteinischen Fortschrittlichen Bürgerpartei, ein Gegner der Integrationspolitik, zeigte sich am Sonntag überrascht vom Abstimmungsergebnis. Auch ihn würde es verwundern, dass nächste Woche das Liechtensteiner Stimmvolk anders entscheiden würde als die Schweizerinnen und Schweizer.

Weiter im Text – jetzt ohne die Schweiz

EG und EFTA-Partner bedauern das Nein, die Integration soll es aber nicht ernsthaft bremsen

Brüssel wie auch viele Hauptstädte Europas bedauern das Schweizer Nein zum EWR. Gleichzeitig wird aber unisono betont, dieses Nein werde den Integrationsprozess in Europa nicht ernsthaft bremsen. Der Isolationismus unseres Landes löste Erstaunen aus. Beobachter sahen im Abstimmungskampf eher eine Beschäftigung mit unserer eigenen Identität als mit Europa. Allgemeine Hoffnung: Die Schweiz werde doch noch zu Europa stossen, wenn auch mit Verspätung.

Vor dem Brüsseler EG-Sitz: Die Schweiz lehnt es ab, ihre Fahne in die europäische Windrichtung zu hängen.



Bonn: BRD will Türe nicht zuschlagen

■ VON MARK SCHENKER, BONN

Die deutsche Regierung «bedauert» den negativen Entscheid der Schweizer Stimmbürger zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). «Wir haben etwas anderes erhofft, gleichzeitig respektieren wir selbstverständlich den schweizerischen Entscheid», erklärte Regierungssprecher Dieter Vogel in einer ersten Stellungnahme. «Es wäre für Europa, und wohl auch für die Schweiz, besser gewesen, wenn die Abstimmung positiv ausgefallen wäre.» Die Schweiz dürft jetzt auch in der EFTA an politischem Einfluss verlieren, meinte Vogel. «Jetzt wird aber niemand schadenfroh sagen, die Schweiz muss sehen, wie sie weiterkommt.»

Die BRD jedenfalls werde «die europäischen Türe nicht zuschlagen und die politischen Brücken nicht abbrechen». Bonn sei auch künftig bereit, den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Bern zu fördern. Im übrigen gebe es – wie in Dänemark – die Möglichkeit einer neuen Abstimmung...

Der deutsche Regierungssprecher bekräftigte sodann frühere Erklärungen Bundeskanzler Kohls, wonach die EG grundsätzlich an der Mitgliedschaft «stabil und gut funktionierender Länder» interessiert sei. Die BRD habe immer die Meinung vertreten, dass zu Europa nicht nur die bestehende Zwölfereigenschaft, sondern auch die Länder Osteuropas und der EFTA-Gruppe gehörten.

Ist nach der helvetischen EWR-Ablehnung, dem schon das dänische Nein zu den Maastrichter Verträgen voranging, ein negativer Folgeeffekt zu befürchten? Vogel schloss derartige Rückwirkungen auch für sein Land nicht aus.

Wien: Schweiz bleibt unser Nachbar

■ VON ASTRID FREFEL, WIEN

Bedauern über das Fernbleiben der Schweiz und Enttäuschung über das verzögerte Inkrafttreten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) kennzeichneten die Stellungnahmen österreichischer Spitzenpolitiker nach Bekanntwerden des negativen Schweizer Volksentscheides. Bundeskanzler Franz Vranitzky erklärte im Radio, durch das Nein der Schweiz würde die Sinnhaftigkeit des europäischen Integrationsgedankens nicht in Frage gestellt. Die Antwort auf die neu auftretenden Gegensätze in Europa müsse mehr Gemeinsamkeit sein und nicht weniger.

Er habe auch kein un gutes Gefühl, dass in Österreich keine Volksabstimmung angesetzt worden sei, das seien aber die unterschiedlichen demokratischen Spielregeln. Zusammen mit den andern Staaten werde sich Österreich dafür einsetzen, dass der EWR nach dem vorgeschriebenen Prozedere nun dennoch rasch in Kraft treten könne.

Aussenminister Alois Mock fügte hinzu: «Die Schweiz ist und bleibt ein zentraleuropäischer Staat und unser unmittelbarer Nachbar, mit dem wir unsere intensiven Kontakte auf allen Gebieten weiterentwickeln wollen.» Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel wies darauf hin, dass in der Abstimmungskampagne mehr über die eigene Identität als über Europa diskutiert worden sei und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Schweiz zu einem späteren Zeitpunkt dennoch mitmachen werde, weil sie einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Österreichs sei. Als konkrete Folge des Schweizer Neins werden die finanziellen Auswirkungen Anlass zu Diskussionen geben.

Skandinavien: Verzögerungen befürchtet

■ VON JÖRGEN DETLEFSEN, STOCKHOLM

Skandinavische Politiker verwuschen zwar, die Konsequenzen des Schweizer Neins zum EWR für ihre Europapolitik herunterzuspielen, deutlich ist aber ihre Besorgnis, dass es zu Verzögerungen sowohl bei ihrer Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt als auch bei den EG-Aufnahmeverhandlungen kommen könnte.

Der schwedische Europaminister Ulf Dinkelspiel zeigte sich beruhigt, weil das Inkrafttreten des EWR möglicherweise um ein halbes Jahr hinausgezögert werden könnte. Schwedens Ministerpräsident Carl Bildt und der sozialdemokratische Oppositionsführer Ingvar Carlsson warteten vor den wirtschaftlichen Nachteilen, die Schweden unter Umständen erleiden könnte; es sei wichtig, jede Unsicherheit bei den «Akteuren» des Wirtschaftslebens über die schwedische Teilnahme an der europäischen Integration auszuräumen.

Bildt erklärte aber, die EG-Aufnahmeverhandlungen für Schweden würden kaum verzögert. Vor dem Schweizer Referendum war im Stockholmer Aussenministerium die Frage diskutiert worden, ob man die Antworten der EG auf die Beitrittsanträge Norwegens und der Schweiz abwarten solle, bevor die Verhandlungen für die früheren Antragsteller (Schweden, Österreich, Finnland) beginnen. Es sei zu hoffen, hiess es damals, dass die Schweiz bei einem EWR-Nein der EG rasch signalisiere, dass Beitrittsverhandlungen mit ihr keine Eile hätten.

Der Aussenminister Dänemarks, Uffe Ellemann-Jensen, sprach von einem «Strich durch die Rechnung», der die Planungen zur Erweiterung der EG beeinträchtigen könnte.

Brüssel: Schweiz hat sich isoliert

■ VON MARTIN GOLLMEYER, BRÜSSEL

Er sei «sehr, sehr enttäuscht, dass die Schweiz mit doppelter Mehrheit das Resultat der ernsthaft und gründlich geführten Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum nicht akzeptieren» könne, sagte EG-Kommissar Frans Andriessen am Sonntagabend in Brüssel. Der Niederländer, der die Verhandlungen mit der Schweiz und den andern EFTA-Staaten auf EG-Seite geführt hatte, meinte, die Schweiz habe am Sonntag «die Isolation gewählt». Es habe dem Schweizer Volk vor der Abstimmung klar sein müssen, dass «der EWR ein Schlüsselement der europäischen Konstruktion» darstelle.

Der für Aussenhandelsfragen zuständige Kommissar machte klar, dass die Schweiz nun «nicht erwarten könne, dass ein mit dem EWR vergleichbares Abkommen auf bilateralem Weg erreicht werden» könne. Was das schweizerische Gesuch für Verhandlungen über einen EG-Beitritt betrifft, meinte Andriessen, das Abstimmungsergebnis sei in dieser Hinsicht alles andere als «hilfreich». Dennoch werde die EG-Kommission «mit den Arbeiten am Beitrittsgutachten weiterfahren, solange die Schweizer Regierung ihr Gesuch nicht zurückzieht».

Grossbritannien: Am EWR-Abkommen festhalten

In London erklärte eine Sprecherin, die britische Regierung glaube weiterhin, «dass der EWR den beteiligten Ländern spürbare Vorteile bringen und eine wichtige Rolle bei der europäischen Konstruktion spielen» werde. Grossbritannien, das gegenwärtig die EG-Präsidentenschaft innehat, will das weitere Vorgehen schon heute Montag an einem ordentlichen Treffen der EG-Aussenminister diskutieren. Auch wenn es jetzt noch zu früh sei, um Optionen zu diskutieren, gehe Grossbritannien davon aus, «dass am Abkommen in der einen oder andern Form festgehalten» werde.

Direktor äusserte sich in Oslo der norwegische Handelsminister und derzeitige EFTA-Vorsitzende Björn Tore Godal: «Das EWR-Abkommen stellt ein wichtiges Element im europäischen Integrationsprozess und in der neuen europäischen Architektur dar. Es ist deshalb von grösster Wichtigkeit, dass der Ratifizierungsprozess ohne Verzögerung beendet wird und wir rasch mit der Umsetzung des Abkommens vorangehen.»

Für EG-Parlamentspräsident Egon Klepsch dürfte «deshalb» ein gewisser Druck auf die Schweiz entstehen, ein neues Referendum abzuhaken. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die im Herzen Europas gelegene, mit ihren Nachbarn wirtschaftlich und auch politisch eng verbundene Schweiz dauerhaft von der Neugestaltung unseres Kontinents ausgeschlossen bleiben will». Auch für die Schweiz gelte in dieser Situation mehr denn je: «Stagnation bedeutet Rückschritt.» (AP)

Paris: Staunen über den Isolationismus

■ VON THOMAS RICKLI, PARIS

Sonderfall Schweiz und gesamteuropäischer Trend: So erklärten sich französische Kommentatoren am Sonntagabend das EWR-Nein, wie eine kurze Umfrage in den Pariser Redaktionen ergab. Die grossen Zeitungen, die am Montag ihren Leitartikel für einmal alle einem Schweizer Urnengang widmen, schütteln zum Teil erstaunt den Kopf über den «Isolationismus» der Schweizer. Korrespondenten in der Schweiz betonen, dass die konservative Deutschschweiz die weilsche Mehrheit zunehmend erdrücke. Einer wundert sich auch über das Nein des Kantons, dessen Geschäftswelt schon seit langem Europa praktiziert». Der Schweiz-Kenner des Renommierblattes «Le Monde», Luc Rosenzweig, macht sich Sorgen um die Einheit der Schweiz und warnt vor «beigischen Verhältnissen». Auch müssten die Schweizer auf-

passen, angesichts des harten Konkurrenzkampfes in Europa nicht ins Hintertreffen zu geraten: «Die Letzten beissen bekanntlich die Hunde.»

Das Abstimmungsergebnis werde, so Rosenzweig, anderen Nachbarstaaten schaden, da es die europäische Integration weiter destabilisiere. Gerade für Frankreich sei das Nein der Schweizer Nachbarn «psychologisch wichtiger» als die dänische Maastricht-Ablehnung. Im konservativen «Figaro» sieht Charles Lambroschini eine Bestätigung des europäischen Trends zu alten Werten wie der nationalen Identität, die selbst ökonomischem Denken vorgezogen würden.

Wie überall in Europa seien die «Eliten» des Landes und das Volk nicht mehr auf der gleichen Wellenlänge. Das EWR-Nein der Schweizer werde auf alle Maastricht-Gegnern neuen Auftrieb verleihen und die Ratifizierung in England weiter gefährden.

EG-Präsident Delors: Griesgrämiges Wirtschaftsklima

Paris. – EG-Präsident Jacques Delors hat das Nein der Schweiz zum EWR-Vertrag bedauert. Die Schweiz leide an einem griesgrämigen wirtschaftlichen Klima, dem schlechtesten seit den dreissiger Jahren. Viele Europäer misstrauten Versuchen, ihre Länder näher zusammenzuführen, weil der Aufbau Europas während 35 Jahren zu weit von den Menschen entfernt worden sei, sagte Delors in einem französischen Radiointerview weiter.

Die EG und die EFTA müssten laut Delors in naher Zukunft diskutieren, wie der EWR-Vertrag ohne die Schweiz und möglicherweise ohne das Fürstentum Liechtenstein angepasst sei. Der Präsident der EG-Kommission hatte am 17. Januar 1989 den Anstoss zu den EWR-Gesprächen gegeben. (AP)

ES GEHT GLEICH WEITER:

EG ja. In der Zwischenzeit wählen Sie folgerichtig den direktesten und schnellsten Weg beziehungsweise überzeugen gemeinsam mit Menschen, die Tag für Tag mit einer offenen Geisteshaltung dem neuen Europa begegnen: In Form der schweizerischen wie europäischen Tageszeitung "Le Nouveau Quotidien". Mit Zahlen, die sich zukunftsverheissend für Ihr Anliegen bezahlt machen: 55 % der

158'000 Leserinnen und Leser sind überdurchschnittlich ausgebildet, 36 % verdienen über 6'000 Franken monatlich und 51 % zählen keine 35 Jahre. Detaillierte Informationen und wie es für Sie weitergehen könnte erfahren Sie mit Ihrem Anruf. Anzeigenleitung Lausanne: Espace Pub Publicitas, Telefon 021/626 15 80. Anzeigen Zürich: Publimag Publicitas, Telefon 01/382 14 44.

Die Schweizer Tageszeitung für mindestens die ganze Westschweiz.

LE NOUVEAU QUOTIDIEN

Öffnung nach Europa trotz EWR-Nein

Liberalisierung und Revitalisierung nötiger denn je

Das Nein der Schweiz zu EWR-Beitritt versetzt den Hoffnungen auf eine rasche Öffnung der Wirtschaft und auf die Überwindung der verkrusteten Strukturen einen starken Dämpfer. Trotzdem: Die Annäherung an Europa

steht nicht still. Die Integration schreitet fort. Was die Binnenwirtschaft angeht, sind Liberalisierung und Revitalisierung nötiger denn je. Die folgenden Beiträge zeigen, wie es in wichtigen Bereichen weitergeht.

Arbeitsmarkt

Die bestehenden Kontingenzregelungen für den Zutritt ausländischer Arbeitskräfte bleiben einstellend bestehen. Seit Jahren geht die Arbeitsmarktpolitik des Bundesrates jedoch in Richtung vermehrter Öffnung gegenüber dem EWR-Ausland. Das Nein wird diesem Trend kein Ende setzen.

An den Ausländerkontingenten wird nicht gerüttelt. So gilt beispielsweise weiterhin die Höchstzahl von 154 000 Saisonarbeitsbewilligungen für den Zeitraum zwischen November 1992 und Oktober 1993.

Trotz - oder wegen - der hohen Arbeitslosigkeit wird sich in der Arbeitsmarktpolitik in Zukunft einiges ändern. Das betrifft auch die Freizügigkeit der Personen aus EWR-Ländern. Die Schweizer Industrie nennt die eidgenössische Arbeitsmarktpolitik einen Hemmschuh für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem beanstandet werden die Schwierigkeiten, ausländische Fachleute in die Schweiz zu holen. Bereits in der Vergangenheit hat der Bund die Regelungen für den innerbetrieblichen Kaderttransfer erleichtert, dennoch dauert es weit über einen Monat, bis eine Bewilligung erteilt wird. Obwohl hierzulande hohe Arbeitslosigkeit herrscht, besteht Nachfrage vor allem nach zusätzlichen EDV-Leuten und speziell ausgebildeten Ingenieuren aus dem Ausland.

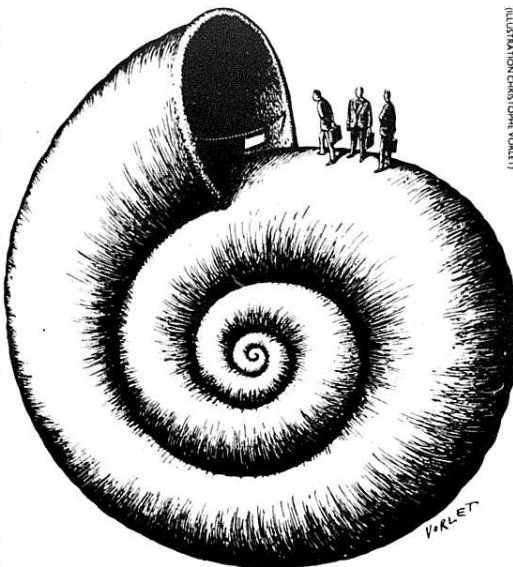
Das vom Bundesrat vorbereitete Revitalisierungsprogramm für die Wirtschaft dürfte Massnahmen bezüglich Arbeitsmarkt enthalten. Von einer erhöhten Freizügigkeit beispielsweise verspricht man sich in Bern Impulse für die Wirtschaftsentwicklung. Allerdings stellt sich die Frage, ob Schweizer Bürgerinnen und Bürgern im Gegenzug auch eine solche Freizügigkeit gewährt wird.

Bauwirtschaft

Unter den schweizerischen Baumeistern waren die Tessiner die heftigsten Kämpfer gegen einen Beitritt unseres Landes zum EWR. Das Ergebnis vom Sonntag hat dort deshalb besondere Genugtuung ausgelöst. Dennoch sehen auch die Tessiner ein: Die Integration geht weiter.

«Obwohl die Schweiz nein zu EWR gesagt hat, schreitet die Integration der Schweiz in Europa fort», glaubt Edo Bobbia, der Sekretär des Tessiner Bauerverbandes. Man stehe jetzt weniger unter Zeitdruck und könne die Umstrukturierung und die Konzentration im Baugewerbe besser verkraften. Für den Beitritt zum EWR habe die EG den EFTA-Staaten schlechte Bedingungen diktiert, und gerade die italienischen Firmen, die sich kaum an Gesamtarbeitsverträge hielten, wären im Tessin gegenüber den einheimischen Unternehmen im Vorteil gewesen. Etwas später und in Zeiten einer besseren Baukonjunktur ist für Bobbia ein direkter Beitritt der Schweiz zur EG durchaus möglich, sofern dann die eigenen Interessen besser durchgesetzt würden.

Angesichts des Jahrhundertbauwerks der neuen Bahn durch die Alpen wird sich die Schweizer Bauwirtschaft in jedem Fall mit internationaler Konkurrenz messen müssen. Einige italienische Fir-



EWR-Nein: Für die Wirtschaft kein Grund für den Rückzug ins Schneckenhaus.

men sind bereits an Tessiner Firmen beteiligt oder haben sie aufgekauft. Andere, übrigens nicht bloss italienische Konzerne legen ihre Netze in der Deutschschweiz aus.

Öffentliche Aufträge

Aufträge von Bund, Kantonen, Gemeinden, PTT und SBB müssen nun doch nicht im EG-Amtsblatt ausgeschrieben werden. Bei deren Bauten, Warenkäufen und Dienstleistungen werden weiterhin ausschliesslich Schweizer Firmen berücksichtigt. Im Gegenzug dürfen Schweizer Firmen im Ausland nur über lokale Töchter für öffentliche Aufträge offerieren.

Öffentliche Körperschaften aus dem EWR-Raum bestellen allein bei der Maschinenindustrie jährlich für 700 Mrd. Fr. Zum Beispiel Lokomotiven. Das Konsortium ABB/SLM liefert 20 «Loks 2000» nach Finnland. Aber nur, weil der Vertrag schon unter Dach ist. Jetzt, ohne EWR, hätten ABB und Lokomotivfabrik Winterthur 3% billiger als die billigste EG-Offerte sein müssen - was nicht machbar wäre.

In der Schweizer Maschinenindustrie beträgt die Cash-Flow-Marge nur 6-7%. Andererseits: Die dänische ABB-Tochter hat einen Auftrag der dänischen Staatsbahnen nicht erhalten. Gegen ihren Willen mussten die Politiker für die erste, 120 Mio. Fr. teure Bestellung des 1,5-Mrd.-Paketes einem deutschen Konsortium den Zuschlag geben, weil dieses billiger offeriert hatte. So verlangt es die EWR-Recht. Mit dieser Gefahr hätte die Schweizer Exportindustrie gerne gelebt: Jetzt wird die 3%-Regel, die gegenüber

der EG gilt, auf den ganzen EWR-Raum ausgedehnt.

Für die öffentliche Submission in der Schweiz gilt nach dem EWR-Nein weiterhin «Heimatschutz». Bund, Kantone, Gemeinden, SBB und PTT geben jährlich 30 Mrd. Fr. für Bauten und Einkäufe aus (bei internationalen Ausschreibungen wären es 9 Mrd. weniger gewesen). Ein geschätzter Sektor ist die Telekommunikation: Zwar hat die PTT mit dem neuen Fernmeldegesetz das Fenster schon geöffnet und etwa den Markt mit Telefonen liberalisiert. Doch Arbeiten am Telefon-Grossnetz vergibt sie ausschliesslich an Ascóm, Siemens-Albis und Alcatel.

Luftverkehr

Wenn am 1. Januar der Binnenmarkt in Kraft tritt, macht der europäische Luftverkehr einen grossen Schritt in Richtung Liberalisierung. Nachdem die Schweiz den Beitritt zum EWR abgelehnt hat, kann die Swissair von den neuen Freiheiten nicht profitieren. Es sei denn, die Schweiz bringe ein besonderes Luftverkehrsabkommen mit der EG zustande.

Für Michael Eggenchwiler, Chef internationale Angelegenheiten bei Swissair, ist «die Chance vertan». Mit dem Beitritt der Schweiz zum EWR hätte unsere nationale Fluggesellschaft auf einen Schlag Zugang zu einem einheitlich geregelten und von den Fesseln protektionistischer Abmachungen befreiten Markt erhalten. Die Swissair wäre europäisch geworden.

Jetzt fürchtet die Swissair, im europäischen Luftverkehr an den Rand gedrängt zu werden. Um diesem Schicksal zu entgehen, muss die Fluggesellschaft trotz dem negativen Abstimmungsergeb-

nis vom Sonntag die Türe zum EWR aufstossen können. Aussichtslos sei das nicht, meint André Auer, Sektionschef für multilaterale Beziehungen und künftiger Direktor des Bundesamts für Zivilluftfahrt. Der für den Bau der Neat abgeschlossene Transivertag enthalte eine Bestimmung, wonach auch im Luftverkehr eine für die Schweiz und die EG befriedigende Lösung gefunden werden müsse. Auer wörtlich: «Das ist unser Türknopfer.» (Bu)

Normen und Zulassung

Im EWR müssen die Schweizer Exporteure ihre Produkte nur noch in einem EWR-Land zur Zulassung anmelden. Dennoch werden ihre Wettbewerbs-Spiesse kürzer, denn für die EWR-Konkurrenz wird die Lage noch besser: Sie kann nach EWR-Normen ausschliesslich im eigenen Land prüfen lassen.

Bevor irgendein Produkt in Verkehr gesetzt werden kann, muss geprüft werden, ob es den zahlreichen technischen Vorschriften genügt. Diese sind im Rahmen des europäischen Binnenmarkts vereinheitlicht worden. Deshalb genügt künftig innerhalb des ganzen EWR die Zulassung im eigenen (oder in irgend einem andern) Land.

Den Schweizer Produzenten hingegen nützt die schweizerische Zulassung im EWR gar nichts. Was dies bedeutet, hat die Sulzer neulich in Belgien wieder erfahren. Sie musste dort fast ein Jahr auf die Zulassung einer Textilmaschine warten, während die einheimische Konkurrenz innert weniger Wochen bedient wurde.

Lässt sich die Lage dadurch verbessern, dass die Schweiz alle EWR-Normen «autonom» nachvollzieht? Herbert Egolf, Ressortleiter Technik bei der Schweizerischen Normenvereinigung, hält davon nichts: «Damit erleichtern wir den ausländischen Anbietern den Zugang zu unserem Markt und eine entsprechende Gegenleistung zu bekommen.» (w. v.)

Forschungspolitik

Mit dem Nein zum EWR bleibt die Schweiz weiterhin nur Zaungast bei den EWR-Forschungsprogrammen.

Auch nach dem Nein zum EWR können schweizerische Firmen weiterhin am mit 7,3 Mrd. Ecu dotierten, von 1989 bis 1994 laufenden 3. Forschungs-Rahmenprogramm der EG teilnehmen. Allerdings unter erschwerten Bedingungen: Erstens müssen sie zwei statt (als EWR-Mitglied) nur einen EWR-Partner finden. Zweitens können sie in der Vorbereitungsphase nicht mitreden. Dies ist zum Beispiel für den nationalen Telekommunikationsmultico Ascóm ein entscheidender Nachteil. Dazu Ascóm-Forschungsleiter Professor Hansjürg Mey: «Im Vorbereitungsausschuss des RACE-Projekts wird es demnach darum gehen, nach welchen Normen Europa mit Glasfasern verknüpft werden soll. Nach den im RACE vereinbarten Normen wiederum entwickeln Ascóm, Siemens usw. die entsprechenden Produkte. Je schneller sie die Normen kennen, desto eher sind sie auf dem Markt.»

Was ist zu retten? May sieht nur eine Lösung: «In diesem Bereich spielt sich vieles auf der Ebene der persönlichen Beziehungen ab. Die müssen wir pflegen, jetzt erst recht.» (w. v.)

BLICKPUNKT

EKO Bank: Probleme gehen weiter

Auf dem Budget der Bürgergemeinde Olten von 7 Mio. Fr. lasten seit der Übernahme der EKO Bank Olten durch die Kreditanstalt Zinskosten von 2 Mio. Fr. Auf der Verliererseite befinden sich neben der Gemeinde auch die meisten, ehemaligen Partizipanten, wie SDA-Recherchen ergaben.

Ammann-Gruppe plant Kurzarbeit

Die Ammann-Gruppe in Langenthal leidet unter den Überkapazitäten im Baumaschinenbereich. Daher werde ab 11. Januar 1993 Kurzarbeit eingeführt. Zudem sollen die Weihnachtsferien für einen Teil der 1000 Beschäftigten um eine Woche verlängert werden. Die Höhe der Kurzarbeit und die genaue Zahl der Betroffenen seien noch nicht festgelegt.

Keine US-Investitionen in Ostdeutschland

Zwei amerikanische Grossbanken haben wegen des Rechtsradikalismus Investitionszusagen für Ostdeutschland zurückgezogen. Die Investitionen hätten Hunderte von Arbeitsplätzen gesichert. Auch Investoren aus Frankreich und Italien sind laut Angaben der Treuhänder verunsichert und hielten sich mit Kaufangeboten zunehmend zurück.

1,5% mehr Wachstum in Westeuropa

In Westeuropa wird im kommenden Jahr laut einem Uno-Bericht ein Wirtschaftswachstum von 1,5% erwartet. Damit würde die zu optimistische Vorhersage von 2,7% nach unten korrigiert. Grund ist die hartnäckige Rezession in den westlichen Staaten. Zudem sei mit einem «recht starken» Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Ascóm schliesst Werk in Siebnen

Der Ascóm-Konzern schliesst sein Werk in Siebnen SZ auf Mitte des nächsten Jahres. Die betroffenen 30 Mitarbeiter können im benachbarten Werk in Lachen beschäftigt werden. Die Massnahme begründet Ascóm mit einem Auftrag, der auf Anfang Dezember ausgefallen sei.

Japans Wirtschaft wächst um 2 bis 3%

Banken und Forschungsinstitute gehen davon aus, dass das Wirtschaftswachstum Japans im nächsten Jahr zwischen 2,3 bis 3,4% zunehmen werde. Für 1992 wird ein Plus von 1,6 bis 2,8% vorausgesagt. Die Regierung hatte mit einem Wachstum von 3,5% ein: höheres Wachstum angedeutet.

Kurzarbeit jetzt auch bei Audi

Mit Audi hat ein weiterer deutscher Automobilhersteller für nächstes Jahr Kurzarbeit angekündigt. Wegen anhaltender Auftragschwäche. Einbussen im Inland und auf wichtigen europäischen Exportmärkten sehe sich das Unternehmen zu diesem Schritt gezwungen. Zudem muss Audi eine nicht genannte Zahl der rund 38 000 Stellen abbauen. (Agenturen/TA)

QUELLE: SKA

PREISE	Sept.	Okt.	Nov.
Konsumentenpreise	3,5	3,5	3,3*
Veränderung in % gegenüber Vorjahresperiode			
Konsumentenpreisindex	134,3	134,5	135,7*
Basis Dezember 1982 = 100			
Grosshandelspreise	-0,2	-0,3	***
Veränderung in % gegenüber Vorjahresmonat			
Importpreise	-1,3	-1,7	***
Veränderung in % gegenüber Vorjahresmonat			

* preisrisch, ** rezident, *** Daten noch nicht verfügbar

QUELLE: SKA

ZINSEN	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
3-Monats-Euro-Franken	8,5%	8,0%	7,5%	7,0%
Rendite Bundesobligationen	6,5%	6,0%	5,5%	5,0%

QUELLE: SKA

ARBEIT + KONSUM	Sept.	Okt.	Nov.
Arbeitslosen-zahl	102 081	109 073	120 000
Arbeitslosenquote in %	3,3	3,5	3,9
Stellenindex	-40,0	-40,7*	***
Veränderung in % gegenüber Vorjahresmonat			
Detailhandelsumsätze	+5,4	+0,1	***
real. Veränd. in % gegenüber Vorjahresmonat			

* preisrisch, ** rezident, *** Daten noch nicht verfügbar

QUELLE: SKA

KONJUNKTURTENDENZ	1/92	II/92	III/92
Bruttoinlandsprodukt	-0,6	-0,2	-0,6
Privater Konsum	0,6	0,6	0,0
Investitionen	-4,1	-6,7	-6,8
Güterexporte real	6,7	3,7	5,6
Sammelindex KOF	1,7	1,5	1,1
Veränderung in % gegenüber Vorjahresquartal			

* preisrisch, ** rezident, *** Daten noch nicht verfügbar